

## Kommentierte Buchanzeigen / Book Review

*Christopher Clark*: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600–1947. München: DVA 2007, 896 S.

Die schnelle, im Übrigen vorzügliche Übersetzung der 2006 erschienenen Originalausgabe von C.s Werk ist in jeder Hinsicht zu begrüßen: zum einen als herausragendes *opus magnum* dieses noch jungen, in Cambridge lehrenden australischen Historikers, zum anderen aber auch als Anregung an die deutschen Historiker, Preußen nicht länger in ihren Forschungen zu stigmatisieren oder ihm eine nur gleichsam ideologisch gefilterte Aufmerksamkeit zu widmen – etwa in Analogie zum *Wehler'schen* Diktum „Preußen vergiftet uns“. Was C. vorlegt, ist eine nüchterne Analyse des preußischen Staates, die nicht nur Historiker, sondern auch Staatstheoretiker und Analysanten von Regierungs- und Verwaltungssystemen angehen sollte. Um der ewig polarisierten Auseinandersetzung um die preußische Geschichte zu entgehen, wählt C. in guter angelsächsischer Tradition einen höchst überzeugenden Ausweg: „Ich habe erst gar nicht versucht, Laster und Tugenden Preußens herauszuarbeiten und sie gegeneinander abzuwägen. Ich habe nicht den Anspruch, irgendwelche Lehren in Form von moralischen oder politischen Ratschlägen für heutige oder zukünftige Generationen abzuleiten. Wer diese Seiten liest, wird weder dem rauen, kriegslüsternten Termitenstaat preußenfeindlicher Abhandlungen begegnen, noch der Lagerfeuerromantik der prussophilen Tradition. Ich bin glücklicherweise von der Verpflichtung (oder Versuchung) befreit, das historische Erbe Preußens zu beklagen oder zu feiern. Vielmehr stellt dieses Buch den Versuch dar, die Kräfte zu verstehen, die Preußen geformt und zerstört haben“. Dieser Anspruch wird vom Autor gleichsam exemplarisch eingelöst. So wird in 17 in jeder Hinsicht lesenswerten Kapiteln das Bild jenes Staates deutlicher, mit dem sich Aufklärung und Toleranz, aber auch Militarismus, Maßlosigkeit und Selbstüberschätzung verbinden. Der Aufstieg Preußens vom kleinen unbedeutenden Territorialstaat zu einer kontinentaleuropäischen Großmacht wird facettenreich geschildert, von den brandenburgischen Hohenzollern bis hin zum Ende 1947. Dabei besteht der Autor darauf, „den Staat“ nicht an den Rand der preußischen

Geschichte drängen zu lassen. Er will ihn vielmehr als Produkt der politischen Kultur sehen, als Spiegelbild des kollektiven Bewusstseins. Und hier gehört es für C. zu den bemerkenswerten Kennzeichen der intellektuellen Entwicklung Preußens, dass der Gedanke einer eigenen preußischen Geschichte stets auch aufs Engste mit der Betonung der Legitimität und Notwendigkeit des Staates verwoben war. Die Geschichte des preußischen Staates ist mithin zugleich die Geschichte der Geschichte des preußischen Staates, „denn der preußische Staat erfand seine Geschichte sozusagen erst beim Erzählen und entwickelte nach und nach eine immer ausgefeiltere Darstellung seines bisherigen Werdegangs und seiner Ziele in der Gegenwart. Im früheren 19. Jahrhundert führte die Notwendigkeit, angesichts der Herausforderung durch die Französische Revolution die preußische Regierungsform zu rechtfertigen, zu einer einzigartigen Eskalation im Diskurs. Der preußische Staat legitimierte sich als Träger des historischen Fortschritts und bediente sich dabei eines derart überschwänglichen Vokabulars, dass er zum Modellfall einer bestimmten Ausprägung der Moderne wurde. Doch die Autorität und Erhabenheit des Staates in den Köpfen gebildeter Zeitgenossen hatte wenig mit der tatsächlichen Bedeutung zu tun, die er für das Leben der breiten Mehrheit der Untertanen hatte.“ So abgewogen und differenziert, wie der Autor sich vermeintlich zu tabuisierenden Fragen stellt, so umfassend ist auch sein Zugriff auf die Literatur. Zumindest dem Rezensenten ist kein Werk bekannt, das die Geschichte Preußens ähnlich umfassend und gleichwohl lesbar dokumentiert. Hinzu tritt ein durchaus sympathisierender Grundton, der C., vermutlich unbewusst, in einen – bei aller Pragmatik – gelegentlich fast elegischen Sprachstil verfallen lässt, den *Fontane*-Leser am ehesten im alten Stechlin personifiziert finden werden. Fazit: Pflichtlektüre für all diejenigen, die sich nicht nur mit der preußischen, sondern auch und gerade mit der deutschen und der europäischen Geschichte beschäftigen.

JJH

*Andreas Wirsching*: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990. München: DVA 2006, 848 S.

*Edgar Wolfrum*: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: Klett-Cotta 2006, 694 S.

Dass sich nun auch die mittlere Generation der Historiker an Gesamtdarstellungen zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland versucht, ist einschränkungslos zu begrüßen. Beide anzuzeigenden Bände gehen in diese Richtung,

wobei Wi. sich auf ein „Schlüsseljahrzehnt“, die Jahre 1982–1990, konzentriert, während Wo. die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland *ab ovo* zu seinem Thema macht. Während beide das Bemühen eint, dem untersuchten Zeitraum umfassend gerecht zu werden, unterscheiden sich die Autoren in ihrem Erkenntnisinteresse doch grundlegend. So sucht Wo. Komplexität dadurch zu reduzieren, dass er vier Phasen der deutschen Entwicklung unterscheidet (1949–1959, 1959/60–1973, 1974–1989 und 1990 bis heute), die er reichlich kursorisch als „Wiederaufbau und Verwestlichung“, „Dynamik und Liberalisierung“, „Bewährung und Bewahrung“ und „Herausforderungen und Chancen“ kennzeichnet. Wi. hingegen gliedert das von ihm als „Epochenwechsel“ bezeichnete Jahrzehnt materieller, unterscheidet dabei zwischen den Problemen des Parteien- und Regierungssystems, dem ablaufenden wirtschaftlichen Strukturwandel, gesellschaftlichen Umbruchsprozessen und kulturellem Wandel. Zwar geht es auch hier um innen- und außenpolitische Herausforderungen, doch bemüht sich die „große Erzählung“ um eine Mischung aus historischem Längsschnitt, sektoraler Vertiefung und der Verfolgung von Querschnittsaspekten. Beide Autoren sind sozialwissenschaftlich geprägt, wissen um die empirisch-analytischen wie methodischen Probleme von Gesamtdarstellungen, verzichten verständlicherweise aber nicht auf die Herausbildung einer eigenen „Handschrift“. Dabei überzeugt Wo. vor allem dadurch, dass er innerhalb seines chronologischen Aufbaus Wirkungszusammenhänge als solche deutlich macht und die jeweils wechselnden Problemkonstellationen herausarbeitet, die angesichts der gewählten Zugänge (Innen- und Außenpolitik sowie „Sozialkultur“) nachvollziehbar bleiben. Dem wiederum dienen drei von ihm als „Beziehungsgeflechte“ bezeichnete Perspektiven, die als Kontinuitätsproblem – das Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart also –, als Verhältnis von Innen und Außen und schließlich als Wechselwirkungen zwischen Staat und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Sozialkultur bezeichnet werden. Der Vorteil einer solcherart vereinfachten Darstellungsweise wird allerdings durch den Nachteil erkaufte, diesen Kategorien jeweils sehr Heterogenes zuzuordnen, mithin der Darstellung eine Gesamtlogik zu geben, die ihr nicht zukommt. Die erkennbaren „Brüche“ werden zwar gesehen, doch eher überspielt, geleitet von jener bereits eingangs vorgestellten Grundüberzeugung, dass die Bundesrepublik (auch im Vergleich?) als Glücksfall zu sehen ist. Wi. tut sich erkennbar schwerer, doch wirft er für die Forschung insofern interessantere Fragestellungen auf, als er weniger „sicher“ ist als Wo. Dies wird deutlich bei seiner Suche nach „Tiefenkräften“, die den Epochwechsel begründen könnten: der zunehmenden Individualisierung, einer auch während der 1980er Jahre durchaus erkennbaren Expansion des Sozialstaates und schließlich einer „Unterspülung“ von dessen Fundamenten durch den demographischen, sozialkulturellen und

wirtschaftlichen Wandel. Hier dringt der Autor in Teilen zu in der Tat ungewöhnlichen Erklärungsmustern vor, die allerdings weiterer (auch komparativer) Ausdifferenzierung bedürfen; mit Blick auf das untersuchte Jahrzehnt erweisen sie sich als noch etwas isoliert. Im Ergebnis finden sich zwei interessante Blicke auf die Geschichte der Bundesrepublik, von denen der eine ein wenig zu holistisch und „einebnend“ ausfällt, während der andere gleichsam tastend „sucht“, ohne den „Abschied vom Provisorium“ schon gesamthaft in den Griff zu bekommen. Beide Autoren wären gut beraten, am dokumentierten Bestand anzusetzen und ihn auszubauen: Wi. durch Erweiterung des historischen Längsschnitts und eine Konkretisierung der eingeführten Begrifflichkeiten wie analytischen Kategorien, Wo. durch eine weniger zusammenfassende als vielmehr vertiefende Untersuchung jener Strukturmerkmale und zeitbezogenen Charakteristika, die das Bild der „geglückten Demokratie“ überzeugender legitimieren könnten. Formal schließlich findet sich in beiden Bänden Diskussionswürdiges: Während Wi. mit gänzlich entbehrlichen Marginalien arbeitet, sollte Wo. bei künftigen Auflagen den Anhang überarbeiten oder ihn ggf. weglassen; Zeittafel wie Tabellen- und Kartenteil fallen weit hinter das zurück, was technisch und materiell möglich ist. Schließlich: Beide Autoren bedienen sich umfassend des neueren sozialwissenschaftlichen Schrifttums und der in diesem Kontext erarbeiteten Kategorien. Hier wären Quellenverzeichnisse und deutlich erweiterte Literaturhinweise angezeigt.

JJH

*Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München: C.H. Beck 2006, 541 S.*

In den deutschsprachigen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hat man lange auf ein Werk warten müssen, das der historischen Zäsur und den Transformationsprozessen im Verlauf der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gerecht wird. R.s jetzt vorgelegte Arbeit löst die in den Band gesetzten Hoffnungen ein und übertrifft alle Erwartungen. Am Beispiel der Sozialpolitik wird der deutsche Einigungsprozess nachgezeichnet – und dies in empirisch-analytisch und methodisch herausragender Weise. So gelingt es dem Autor, nicht nur an die politischen wie rechtlichen Rahmenbedingungen der deutschen Einigung zu erinnern und die Entstehung der Sozialunion akribisch nachzuzeichnen, sondern auch den profunden Wandel des deutschen Sozialstaats unter den Bedingungen eben dieser Einheit, vor allem also im Zeitraum 1990–1994, einer empiriegesättigten Analyse zuzuführen. Er verbindet dies mit Schlussbetrachtungen, die einen auch internationalen Vergleich des deutschen Sozialstaats und sei-

ner absehbaren Entwicklung einbeziehen. Das Buch beeindruckt vor allem durch seine Authentizität, zu der nicht zuletzt zahlreiche Interviews mit den für die hier verhandelte Frage zentralen Akteuren beitragen. Ergänzt um umfangreichste Archivzugänge entsteht so ein Bild, das den Autor nicht nur als führenden Chronisten, sondern auch als den wohl wichtigsten Analysanten des deutschen Sozialstaats auszeichnet. In eindrucksvoller Weise wird die nicht selten emotional geführte Diskussion versachlicht und ihr über einen souveränen Stil und eine ebensolche Sprache eine im Schrifttum seltene Grundierung gegeben. Im Ergebnis findet sich ein absehbares Standardwerk zur sozialstaatlichen Entwicklung der Bundesrepublik, wobei R. noch ausstehenden Bilanzen der rechtlichen und politischen Transformationsprozesse als Modell dienen könnte. Materiell ist vor allem interessant, wie der Autor nachweist, dass der Einigungsprozess gleichzeitig bestätigend wie retardierend wirkte. Bestätigend insofern, als sich die positiven Elemente des westdeutschen Sozialstaats auf das Territorium der DDR übertragen ließen, retardierend, weil dadurch bereits eingeleitete und unabwendbare (Reform-)Politiken zum Umbau eines nicht mehr zeitgemäßen und kaum mehr finanzierbaren Sozialstaats aufgehalten wurden. Ablaufender Strukturwandel, demographische Entwicklung, die Veränderung der traditionellen Arbeitsgesellschaft und die einsetzende Globalisierung blieben so für längere Zeit ohne Reaktion und beförderten jenen „Reformstau“, der die Politik der vergangenen Jahre beschäftigte. So zahlt der deutsche Sozialstaat einen Preis für seinen hohen Grad an Kontinuität und Pfadabhängigkeit seit seiner Entstehung in den 1880er Jahren: durch die Beharrungskraft der einmal geschaffenen sozialpolitischen Institutionen und Normen, die Vielzahl der mit der Sozialpolitik verflochtenen politischen und sozialen Interessen (und der sie vertretenden Organisationen), das sehr komplexe, ja überkomplexe System seiner Finanzierung sowie schließlich die große Bedeutung der Sozialstaatsklientel bei Wahlen. All das erschwert Veränderung – trotz der gerade im Zeitraum 1990–1994 erkennbaren Kraft zur Problemlösung und zur (allerdings begrenzten) Lernfähigkeit. Geringes Wirtschaftswachstum und das eher auf Konsens angelegte politische System belassen deshalb ein nur skeptisches Fazit: Das Überleben des deutschen Sozialstaats wird für R. davon abhängen, inwieweit er fähig ist, „dem ständigen Wandel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie den internationalen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, die Balance zwischen Eigenvorsorge, Solidarität der Gesamtgesellschaft oder kleinerer Gemeinschaften und staatlicher Hilfe immer neu auszutarieren und die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen, ohne den Zusammenhalt der Gesellschaft und die politische Freiheit zu gefährden.“

JJH

Barry Eichengreen: *The European Economy since 1945. Coordinated Capitalism and Beyond*. Princeton: Princeton University Press 2006, 495 S.

Während der Umschlag dieses Buches in US-typischer Werbemanier den Band als *magisterial book* preist, wird der deutschsprachige (und wohl jeder europäische) Rezensent nüchterner argumentieren. Was E. hier vorlegt, ist eine zweifellos beachtenswerte Geschichte der europäischen Wirtschaft seit Ende des Zweiten Weltkrieges, deren Grundstruktur freilich nicht so „neu“ ist, wie hier gelegentlich unterstellt, und deren analytischer Ertrag nicht immer überzeugt. So klingt die Botschaft zunächst nicht unvertraut, zumal E. mit dem koordinierten Kapitalismus etwas umschreibt, was frühere Analysen korporatistischer Willensbildung und Entscheidung in den europäischen Nationalstaaten für lange Zeit nachzuweisen glaubten: eine stabile institutionelle Voraussetzung, die das ökonomische Wachstum gleichsam garantierte: „*Economic growth was facilitated by solidarity-centered trade unions, cohesive employers' associations, and growth-minded governments – all legacies of Europe's earlier history.*“ Was sich dahinter verbirgt, ist vor allem deutschen Lesern wohlbekannt: die Struktur des Kapital-Arbeit-Verhältnisses, die Rolle unabhängiger Zentralbanken, die regulierten Arbeitsbeziehungen und die Systeme der sozialen Sicherung. Gleichwohl überzeugt die Darstellung, zumal sie im Gegensatz zu zahlreichen anderen wirtschaftshistorischen Analysen (auch seitens der Europäer) den Osten des Kontinents von vornherein mitbedenkt und von daher einer zu „stromlinienförmigen“ Analyse entkommt. Auch gelingt es E., die Evolution der Europäischen Gemeinschaften zutreffend in seine Arbeit zu integrieren, mithin dem Vergleich einzelner nationalstaatlicher Entwicklungen die übergreifende gesamteuropäische Perspektive hinzuzufügen. Dies macht das Buch lesenswert, auch dann, wenn deutlich wird, dass die Zugänge des Autors durchaus begrenzt sind. So tendiert er dazu, Einzelphänomene zu generalisieren, wo ein stärkeres Herausarbeiten der jeweiligen, in Teilen sehr unterschiedlichen Ausgangssituation Differenzierung nahegelegt hätte. Deshalb auch bleibt die Herausbildung jenes *European model* ein wenig blass, das der Autor schließlich in seinem interessanten Schlusskapitel diskutiert und gleichzeitig zur Disposition stellt. So weist E. zu Recht daraufhin, dass der duale Prozess von Regionalintegration und ökonomischer Globalisierung Anpassungsprozesse auslösen dürfte, die die strukturellen Voraussetzungen der europäischen Nationalstaaten vor beträchtliche Herausforderungen stellen. Hierbei sieht er Europa in einer gegenüber den Vereinigten Staaten ungünstigeren Ausgangssituation, zumal institutionelle Rigidität sich nicht kurzfristig auflösen lässt. Dieser *shadow of history* sei unverkennbar, bis hinein in die neueren Turbulenzen, etwa um den Entwurf des Verfassungsvertrags. E. vermutet Europa im Wettbewerb mit den

Vereinigten Staaten deshalb in einer zumindest mittelfristig benachteiligten Position, glaubt, dass die etablierten Traditionen eine nur langsame Reaktion auf die Herausforderungen der Globalisierung zulassen und schließt deshalb mit einem skeptischen Grundton bei der Diskussion der Entwicklungsmöglichkeiten des Kontinents. – Wie bei den meisten US-amerikanischen Publikationen, die in dieser Zeitschrift rezensiert werden, fällt auch im vorliegenden Fall auf, dass – ausweislich der Literaturverzeichnisse – die Sprachkompetenz der Autoren eher begrenzt ist. Natürlich bleibt richtig, dass das Englische zur *lingua franca* der internationalen (wissenschaftlichen wie politisch-praktischen) Diskurse geworden ist, nur wird in vergleichend argumentierenden Publikationen dann auch deutlich, auf welcher eingeschränkter Empiriebasis einige der nicht selten präskriptiv argumentierenden Untersuchungen stehen.

JH

*Robert Thomson/Frans N. Stokman/Christopher H. Achen/Thomas König (eds.): The European Union Decides. Cambridge u.a.: Cambridge University Press 2006, 372 S.*

Dieses Buch zählt nicht zu jenen Sammelbänden, die mehr oder minder heterogene Beiträge über Politik im europäischen „Mehrebenensystem“ enthalten. Vielmehr dokumentiert es die Ergebnisse eines in mehrfacher Hinsicht außergewöhnlichen Projekts, das von einer multinationalen Forschergruppe durchgeführt wurde. Empirisch bezieht sich die Untersuchung auf die politische Willensbildung und Entscheidung innerhalb des „EU-Regierungssystems“, die – im Gegensatz zur Primärrechtsentwicklung – noch kaum vergleichend analysiert ist. Dazu wurde ein interviewgestützter Datensatz erstellt, der insgesamt 66 Kommissionsinitiativen zu unterschiedlichen Politikbereichen umfasst, die von Ministerrat und Europäischem Parlament zwischen 1999 und 2002 entschieden wurden. Auch in theoretisch-methodischer Hinsicht erweist sich das Forschungsvorhaben als ungewöhnlich ambitioniert, geht es den Autoren doch vor allem darum, die Leistungsfähigkeit formaler Erklärungsmodelle anhand einer einheitlichen Datengrundlage systematisch zu überprüfen. Diese Intention spiegelt sich auch im Aufbau des Bandes wider: Auf zwei einleitende Kapitel zum Analyserahmen folgen sieben Beiträge, die sich jeweils unterschiedlicher prozeduraler und/oder *bargaining*-Ansätze bedienen, bevor diese dann evaluiert und schließlich darüber hinausweisende Projektergebnisse festgehalten werden. Misst man letztere an dem selbst gesetzten Anspruch und stellt zudem den Forschungsaufwand in Rechnung, muten die materiellen Erträge des Bandes auf den ersten Blick eher

bescheiden an. So kommt der Modellvergleich zu dem Schluss, dass „*our models differ from reality far more than they differ from each other*“ – ein Befund, der angesichts der vorliegenden Literatur zur Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften nicht eben überrascht. Interessanter erscheint die festgestellte „Überlegenheit“ von interessen- gegenüber verfahrensbezogenen Erklärungsansätzen, was auf den verhandlungsbasierten, konsensorientierten Politikstil innerhalb wie zwischen den EU-Organen zurückzuführen sein dürfte. Insgesamt freilich ist eine (durchaus selbstkritische) Zielsetzung der Forschergruppe zu würdigen: die einzelnen modelltheoretischen „Schulen“ nicht nur aus ihrer wechselseitigen Abschottung zu lösen, sondern auch stärker gegenüber qualitativen Analyseansätzen zu öffnen. So findet sich in nahezu jedem Kapitel eine illustrative Fallstudie, die die empirische Dichte des Datensatzes zumindest erahnen lässt, und wird die Reichweite allgemeiner Aussagen fast durchgängig thematisiert bzw. intensiv reflektiert. Nicht zuletzt deswegen verdient der Band auch Aufmerksamkeit in jenen staats- und europawissenschaftlichen (Teil-)Disziplinen, die der *rational choice*-Forschung distanziert bis kritisch gegenüberstehen.

FG

*Reiner Schulze/Manfred Zuleeg (Hrsg.):* Europarecht. Handbuch für die deutsche Rechtspraxis. Baden-Baden: Nomos 2006, 1994 S.

*Christian Callies/Matthias Ruffert (Hrsg.):* Verfassung der Europäischen Union. Kommentar der Grundlagenbestimmungen. München: C. H. Beck 2006, 657 S.

Die beiden anzuzeigenden Bände sind ein weiterer Beleg für die zunehmende Europäisierung der Rechtswissenschaft. Während das von Sch. und Z. herausgegebene Handbuch das Europarecht für die deutsche Rechtspraxis aufbereitet, geht es C. und R. um einen ersten Kommentar zu den Grundlagenbestimmungen jener derzeit heftig umstrittenen Verfassung der Europäischen Union, die nach dem Votum der „Völker Europas“, zumindest derjenigen in Frankreich und den Niederlanden, noch nicht Realität werden kann. Während das im Wortsinne „große“ Handbuch all das umfasst, was von Werken dieser Provenienz erwartet werden kann, geht es in dem Kommentar zur Verfassung der Europäischen Union erwartbar um Definitionen und Ziele der Union, Grundrechte, Organe und Einrichtungen, Ausübung der Zuständigkeit, verstärkte Zusammenarbeit und die Finanzen der Union. Das nahezu 2000 Seiten umfassende Handbuch unterscheidet demgegenüber zwischen einem Allgemeinen und einem Besonderen Teil. Während der Besondere Teil von der Perspektive der juristischen Praxis ausgeht, ist der Allgemeine Teil eher übergreifenden Grundlagen gewidmet. Ersterer ord-

net daher nach Sachgebieten, die aus der Systematik und der üblichen Einteilung juristischer Arbeitsfelder bekannt ist, wobei das Spektrum vom Kartellrecht bis zum Sicherheitsrecht reicht und in 27 Kapiteln umfassende Diskussion erfährt. Der Allgemeine Teil befasst sich dagegen mit den institutionellen Grundlagen der EU, ihren Verfassungsgrundsätzen, der Rechtsstellung des Individuums im europäischen Recht sowie mit übergreifenden Fragen der Auswirkungen des Europarechts. Der Benutzer des Handbuchs kann sich den einzelnen Kapiteln des Allgemeinen Teils aufgrund der Fragen, die sich für ihn aus dem jeweiligen Interessengebiet ergeben, gesondert zuwenden. Gleichzeitig ermöglicht es die Struktur des Allgemeinen Teils aber auch, sich systematisch einen vollständigen Überblick über die Grundzüge des Gemeinschaftsrechts zu verschaffen. – Während das Handbuch schnell zu einer unverzichtbaren Quelle werden dürfte, wird man mit Blick auf den Kommentar von C. und R. abwarten müssen. Dabei ist doch deutlich erkennbar, dass zumindest in Teilen bereits über Verfassungsbestimmungen reflektiert wird, die so nicht oder nicht mehr zur Diskussion stehen. Gerade deshalb hätte es sich angeboten, hier eher noch als im Handbuch zum Europarecht Erkenntnisse weiterer dem Themenbereich zugewandter Disziplinen einzubeziehen. In beiden Fällen wird deutlich, dass ein solches Bemühen zwar punktuell erkennbar ist, nicht aber konsequent durchgehalten wird. Dies ist bedauerlich, zumal gerade die Verfassungsdiskussion in exemplarischer Weise erkennen lässt, dass und wie sehr eher normativ geprägte Arbeiten der funktionalen Erkenntnis und der Reflektion über Handlungsmöglichkeiten wie Grenzen der Europäischen Union (und ihrer Regelungssysteme) bedürfen.

JJH

### Am Rande oder: Zu guter Letzt / At long last

*Amartya Sen: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt.* München: C. H. Beck 2007, 208 S.

Dieses in mehrfacher Hinsicht bewegende Buch des indischen Nobelpreisträgers dürfte nicht nur deshalb bemerkenswert sein, weil es eine profunde Auseinandersetzung mit *Samuel Huntingtons* „*Clash of Civilizations*“ darstellt, sondern weil es durch den breiten, gleichsam kulturtheoretisch geprägten Ansatz die Vertreter der Politik und Wissenschaftler vieler Disziplinen nachdenklich machen sollte. Die den Band leitende These ist so einfach wie überzeugend: Die falsche Illusion einer einzigen Identität ist geeignet, den behaupteten oder heute schon erfahrenen

„Krieg der Kulturen“ erst zu konstruieren und ihn zugleich voranzutreiben. Statt sich auf eher statische Kategorien, wie Religionen, kulturelle Fixierungen oder Zivilisationen, zu konzentrieren, sollten andere Merkmale des menschlichen Daseins in den Vordergrund treten, etwa Bildung, Beruf, Sprache, Klasse, Geschlecht, Kunst, Wissenschaft, Moral oder Politik. Mit Gegenüberstellungen wie „Westen und Antiwesten“, „Kultur und Unterdrückung“, „Globalisierung und Widerspruch“ und – vor allem – „Multikulturalismus und Freiheit“ weist S. überzeugend nach, dass die Suche nach einfachen Erklärungsmustern schadet und eher Polarisierungen verstärkt denn sie aufzulösen. Das Geschäft der Fundamentalisten besteht deshalb in eben dieser Miniaturisierung menschlicher Existenz, mit der Ideologien der Gewalt ihren Anfang nehmen. Während die entsprechenden Passagen zur Pflichtlektüre aller zählen sollten, die über die unterschiedlichen derzeit erfahrenen „Entgrenzungsprozesse“ nachdenken, ist S.s Analyse eines Auswegs aus dieser Spirale von Identität und Gewalt verständlicherweise eher appellativ angelegt. So sucht er den Freiheitsbegriff breiter zu füllen und verbindet damit Wahlmöglichkeiten, die jedem von uns offen stehen. Niemand sei zu einer einzigen Identität verdammt, jeder könne seine Persönlichkeit gestalten und mitbestimmen. Anderenfalls drohe jene Perspektive, die *Matthew Arnold* in seinem *Dover Beach* hellstichtig skizzierte: „*And here we are on a darkening plain / Swept with confused alarms of struggle and flight / Where ignorant armies clash by night.*“ Die „mögliche Welt“, die der Autor abschließend seinen Kindern (und dem Leser) mit auf den Weg gibt, sieht er nicht in einem undifferenzierten Suchen nach *global governance*, sondern in dem schrittweisen Bemühen, sich den Grenzüberschreitungen anzunähern. Gemäß der schon von *David Hume* formulierten Erwartung, dass sich die Grenzen der Gerechtigkeit erweitern, plädiert er für einen umfassenden Prozess, sich mit den damit verbundenen Folgen (und ihren Chancen) auseinanderzusetzen. So sollte man nicht nur nach den ökonomischen und politischen Bedingungen der Globalisierung fragen, sondern auch und gerade nach den Werten, der Ethik und dem Zusammengehörigkeitsgefühl, das unsere Wahrnehmung der globalen Welt prägt. Die Beschäftigung mit diesen Aspekten verlangt nicht unbedingt, unsere nationalen Bindungen und lokalen Loyalitäten durch ein globales Zusammengehörigkeitsgefühl zu ersetzen, das sich im Wirken eines „Weltstaates“ widerspiegelt. Man kann der globalen Identität nach und nach Gesicht geben, ohne andere Loyalitäten aufzugeben.

JH